



Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende

*Mögliche Weichenstellungen auf
kommunaler Ebene*

**Mara Marthe Kleiner, Gerd Rosenkranz,
Fabian Zuber**

WEBINAR - 27. OKTOBER 2020



**Umfrage 1:
In welchem Sektor
sind Sie beruflich
tätig?
Auf welcher Ebene
sind Sie beruflich
hauptsächlich aktiv?**

Gliederung

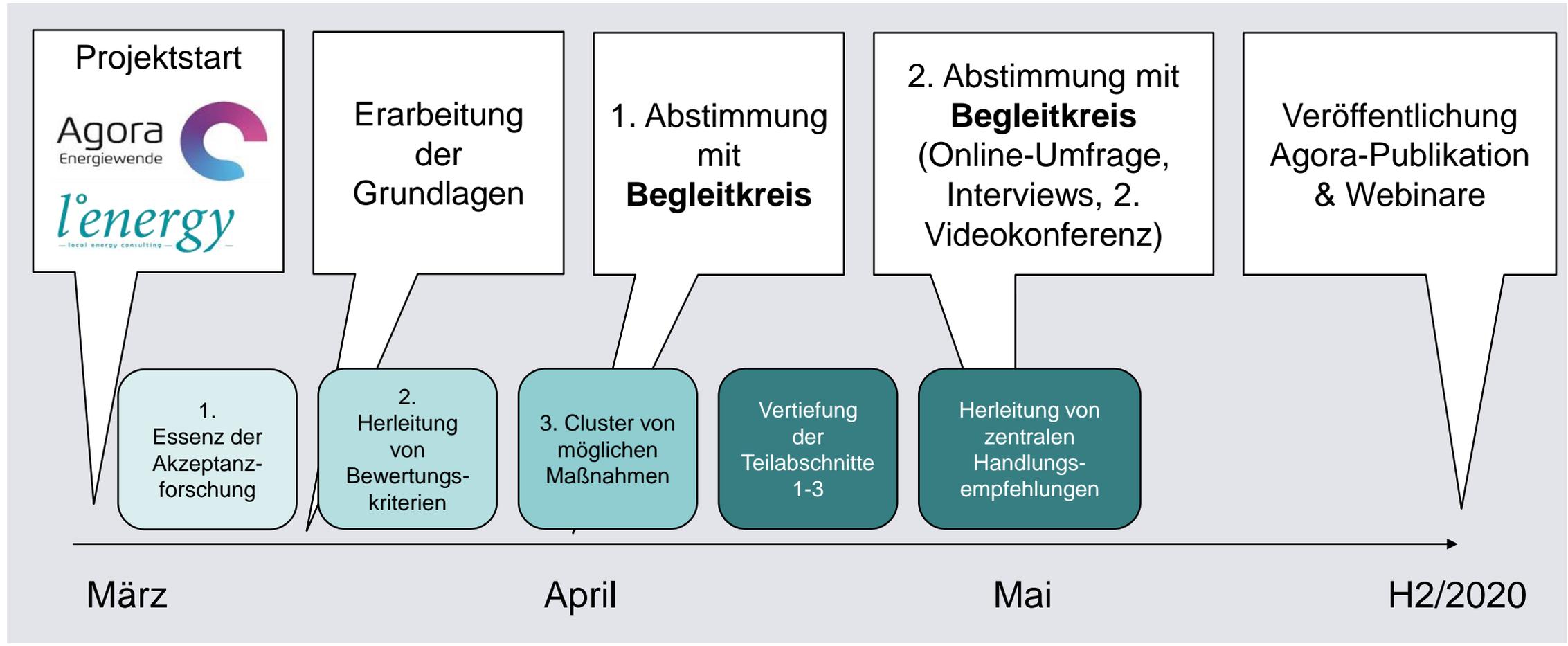
1. **Über das Projekt**
2. **Fragestellung und Grundlagen der Akzeptanzforschung**
3. **Tätigkeitsbereiche der Akzeptanzpolitik**
4. **Mögliche und notwendige Weichenstellungen**
5. **Kommentar von Danny Sutor, Bürgermeister der Stadt Grebenstein**





Über das Projekt

Projekttablauf



Vielen Dank an den Begleitkreis

- Krisztina André, Tim Bagner, Josef Baur, Nadine Bethge, Robert Brandt, Wiebke Doesken, Jörg Ebel, Boris Gotchev, Arnd Grewer, Bernd Hirschl, Anton Hufnagel, Hartmut Kahl, Horst Leithoff, Tina Löffelsend, René Mono, Ilka Müller, Wolfgang Peters, Carsten Pfeiffer, Ramona Rothe, Simon Schäfer-Stradowski, Frank Schindler, Fabian Schmitz-Grethlein, Frank Sondershaus, Torsten Stein, Philipp Vohrer, Carla Vollmer, Jürgen Weigt.
- Für wertvolle Hinweise und Kommentare gilt der Dank zudem Anna Wasielewski, David Jacobs und Stephan Franz.



**Umfrage 2:
Wie schätzen Sie den
politischen
Handlungsbedarf im
Bereich der
Energiewende-
Akzeptanz ein?**



**Fragestellung und
Grundlagen der
Akzeptanzforschung**

Ambitionierte Energiewendeziele

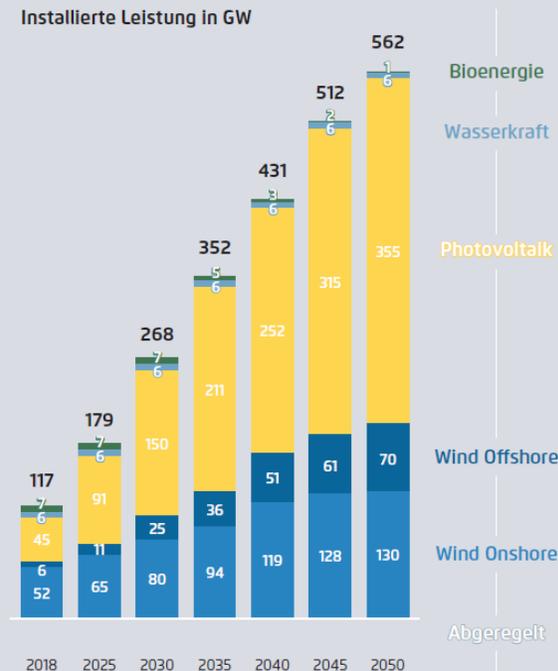
Notwendiger mittlerer jährlicher Ausbau
Bruttozubau, bei 25 Jahren Lebensdauer

2021–2030



Ausbaustärkste Jahrgänge
der Vergangenheit:
Photovoltaik: 8 GW (2010, 2012)
Wind Offshore: 2 GW (2015)
Wind Onshore: 5 GW (2014, 2017)

Kumulierter Bruttozubau
zwischen 2021 und 2030:
Photovoltaik: 98 GW
Wind Offshore: 17 GW
Wind Onshore: 44 GW

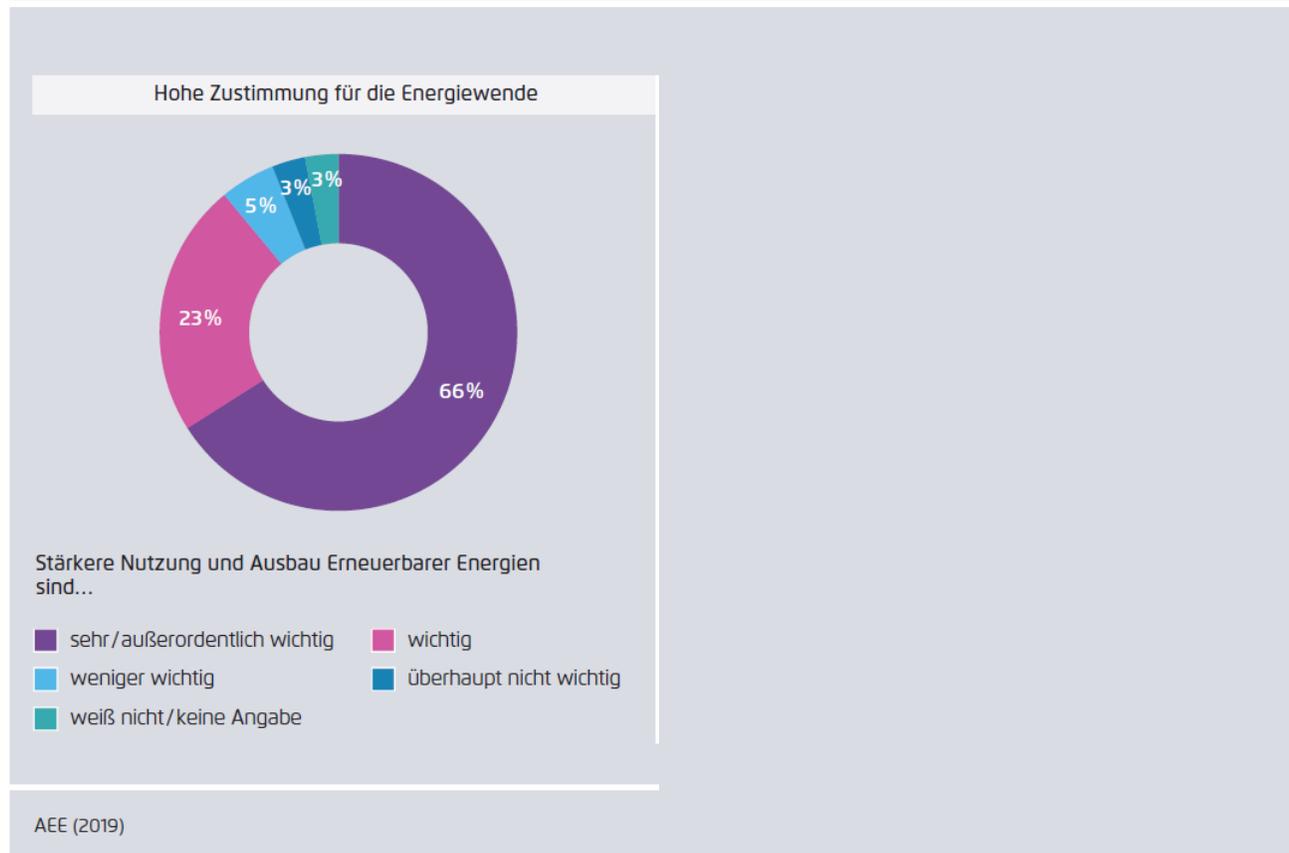


- Um die Energiewendeziele zu erreichen, bedarf es eines jährlichen Bruttozubaus von rund **4,5 GW Windenergie an Land und 10 GW PV**.
- Die Ausgangsfrage des Projektes:
 - *Wie kann eine ausreichende **Akzeptanz und Unterstützung** der Bevölkerung für den Ausbau von erneuerbaren Energieprojekten erreicht bzw. sichergestellt werden?*

Quelle: Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2020): Klimaneutrales Deutschland. Zusammenfassung im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Hohe Zustimmung für Erneuerbare Energien

Zustimmung für die Energiewende und Unterstützung für Windkraftanlagen im Wohnumfeld. Abbildung 2



- **Hohe Zustimmung zur Energiewende:** Knapp 90 % der Deutschen halten den Ausbau Erneuerbarer Energien für wichtig bis außerordentlich wichtig.
- **Breite Unterstützung vor Ort:** Rund 80 % der AnwohnerInnen sind eher oder voll und ganz mit bestehenden Windenergieanlagen einverstanden.

Akzeptanz als bundesweite Aufgabe, aber regionale Unterschiede sind zu beachten

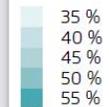
Befürwortung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und der Energiewende sind deutschlandweit ungleich verteilt.

Abbildung 3

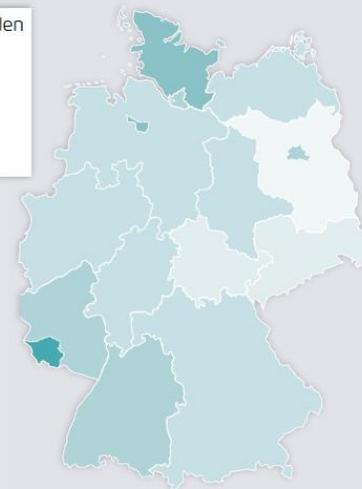
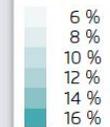
Wie stehen Sie persönlich zum Ausbau von Windenergieanlagen an Land?

Wenn Sie einmal daran denken, wie die Energiewende umgesetzt wird, wie zufrieden sind Sie diesbezüglich mit der Politik der Bundesregierung?

Befürwortung



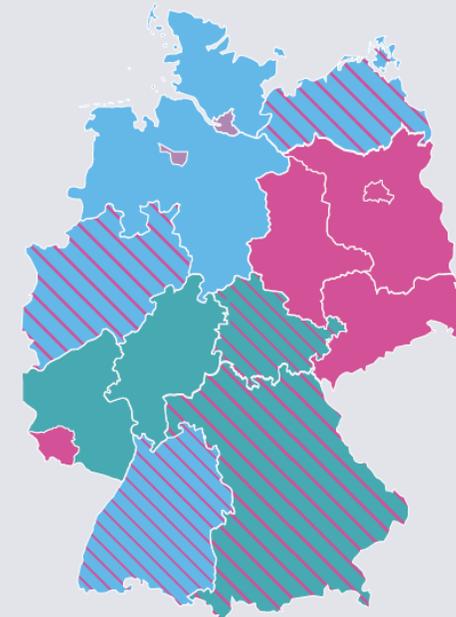
eher bis sehr zufrieden



IASS (2020)

Dominante Beteiligungsmodelle nach Bundesländern.

- Kommanditmodelle
- Genossenschaftsmodelle
- Nachrangdarlehen
- keine Daten

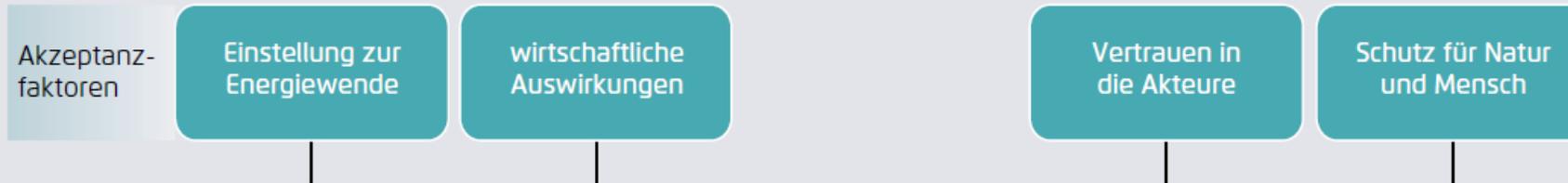


eueco (2020)

Handlungsoptionen der Akzeptanzpolitik

Politische Handlungsoptionen zur Stärkung der Akzeptanz.

Abbildung 6



*Warum sind dies
die wichtigsten Akzeptanzfaktoren?*

Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt

Akzeptanzdimensionen & -bedingungen – Was Menschen wollen und wie sich Sicht- und Verhaltensweisen unterscheiden.

Abbildung 4

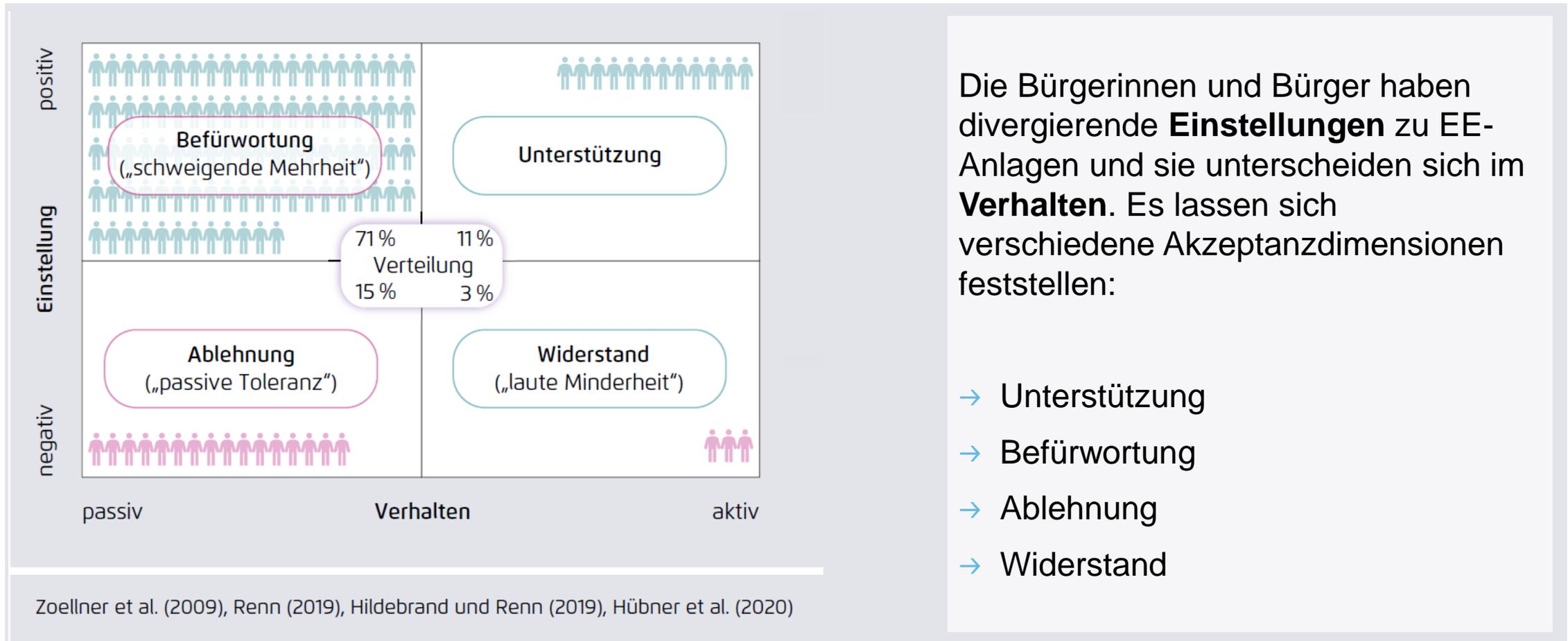


Die Einstellung und das Verhalten der Menschen ist an **Bedingungen** geknüpft:

- Orientierung und Einsicht
- Selbstwirksamkeit
- Positive Nutzen-Risiko-Bilanz
- Emotionale Identifikation
- Soziale Norm

Zoellner et al. (2009), Renn (2019), Hildebrand und Renn (2019), Hübner et al. (2020)

Es lassen sich verschiedene Bevölkerungsgruppen adressieren



Akzeptanzebenen – Ganzheitliche Ansätze sind gefragt

Akzeptanzebenen, die adressiert werden müssen.

Abbildung 5

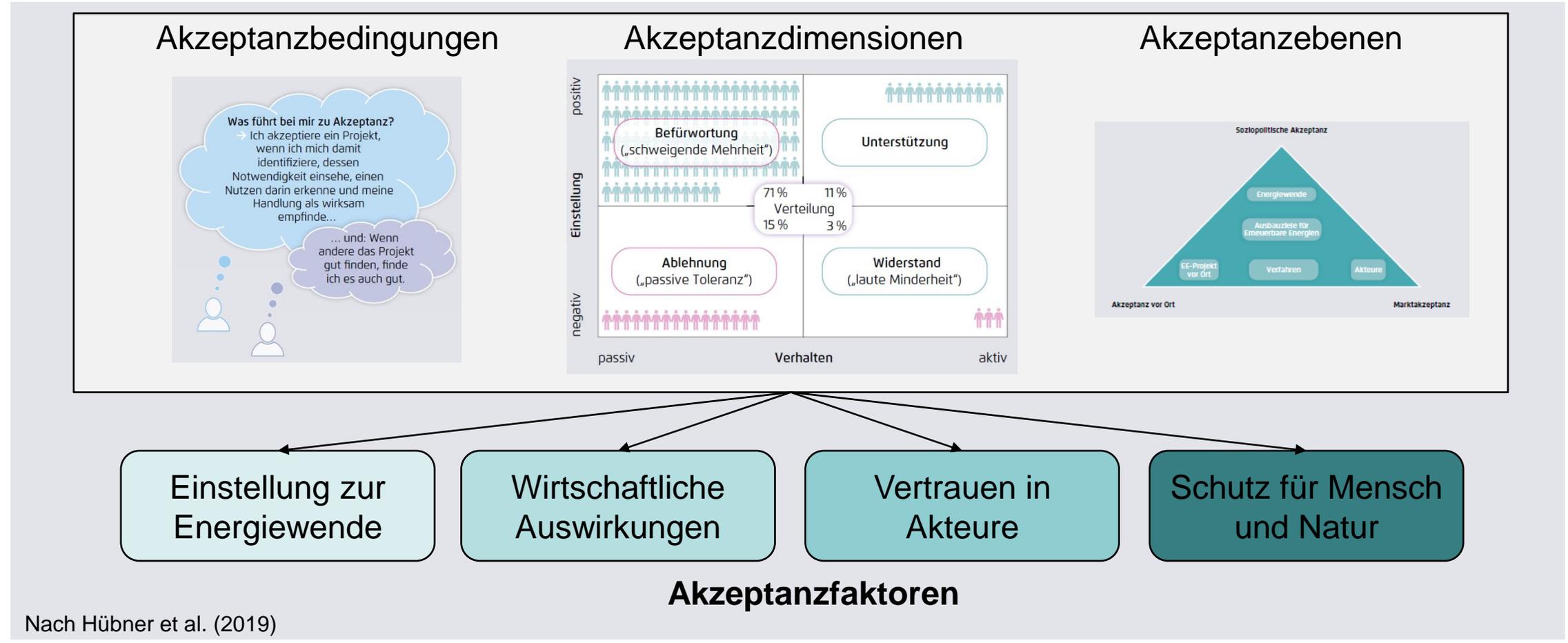


Ob die Menschen eine Wind- oder Solaranlage akzeptieren, entscheidet sich auf verschiedenen Ebenen – es braucht Maßnahmen, die alle Ebenen ansprechen:

- Soziopolitische Akzeptanz
- Marktakzeptanz
- Akzeptanz vor Ort

Local Energy Consulting (2020) nach Wüstenhagen et al. (2007)

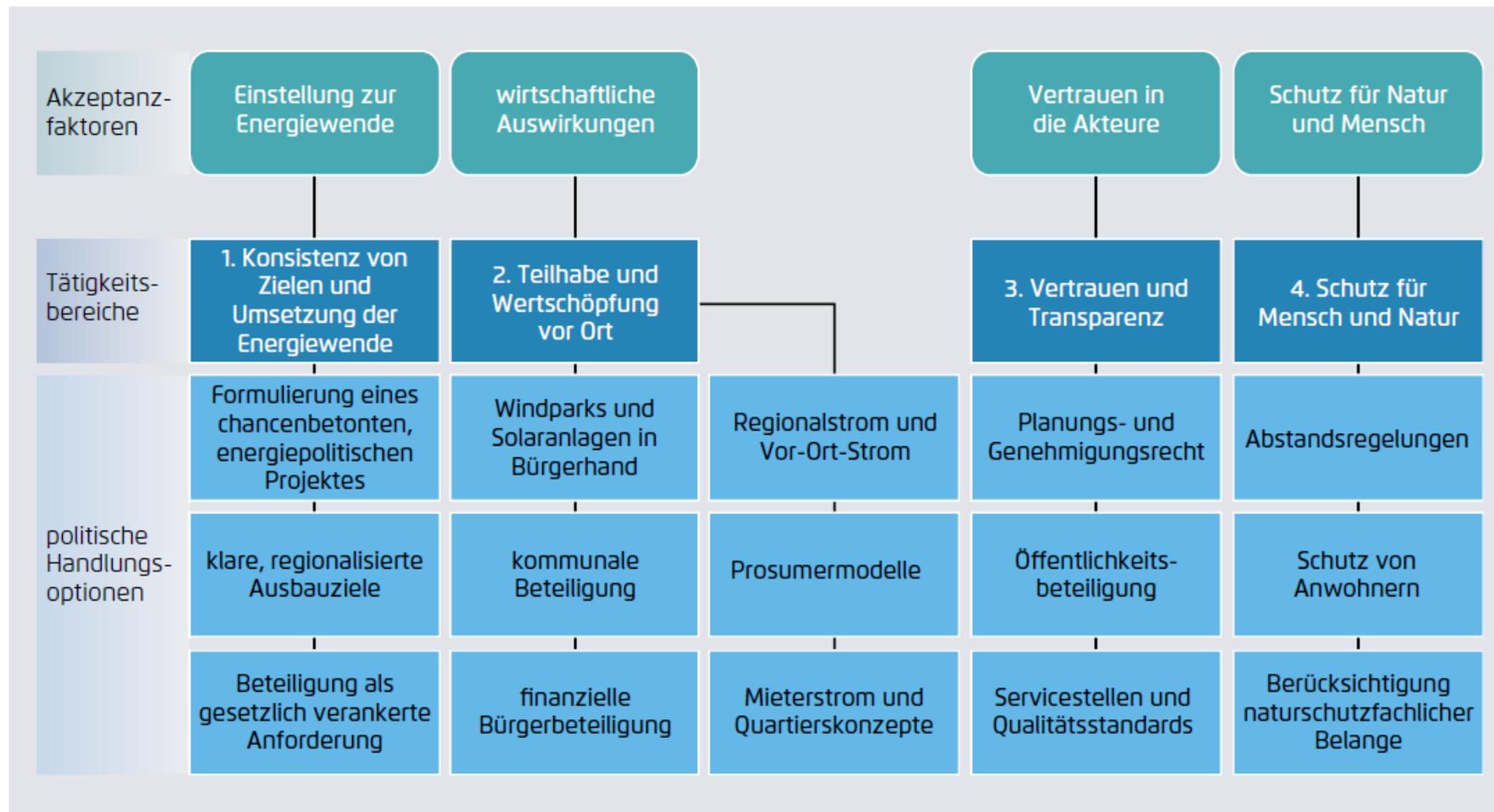
Akzeptanzfaktoren: Was macht eine umfassende Akzeptanzpolitik aus?



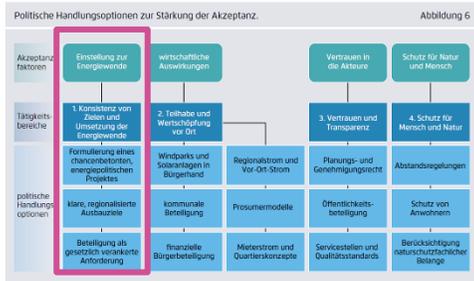
Handlungsoptionen der Akzeptanzpolitik

Politische Handlungsoptionen zur Stärkung der Akzeptanz.

Abbildung 6

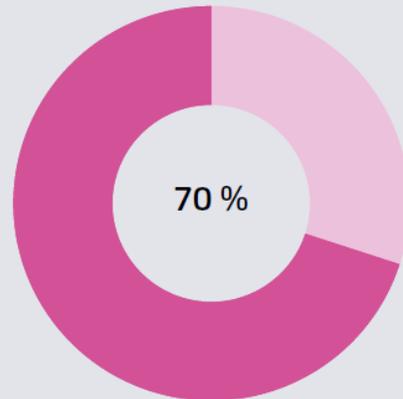


Konsistenz von Zielen und Umsetzung der Energiewende: Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?



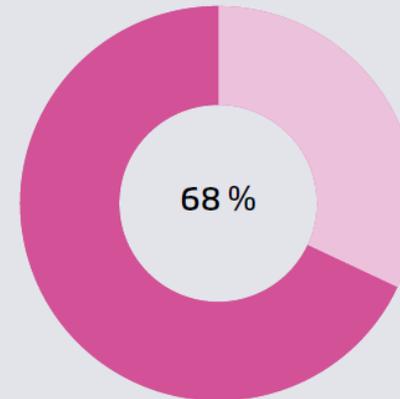
Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine bessere Energiepolitik.

Abbildung 7



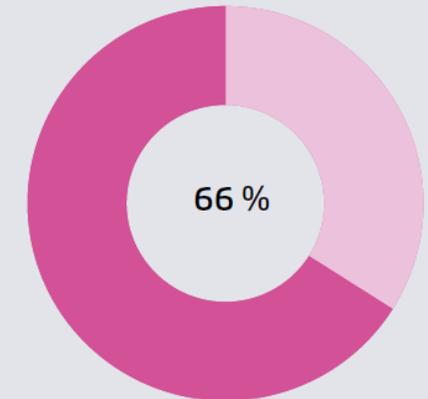
Politik in der Verantwortung:

70% der Deutschen erwarten von der Regierung, dass sie die Energiewende umsetzt.



Große Unzufriedenheit:

Über zwei Drittel sind unzufrieden mit der aktuellen Energiepolitik der Bundesregierung.

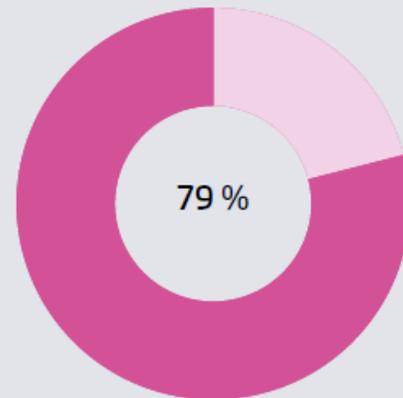
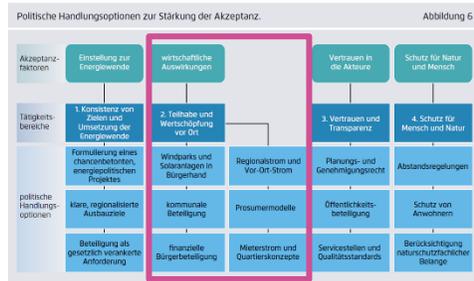


Schlechtes Management:

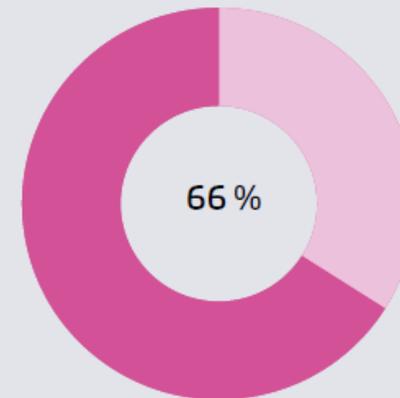
Eine breite Mehrheit der Menschen empfindet die Energiewende als chaotisch.

BMU (2019), IASS (2020)

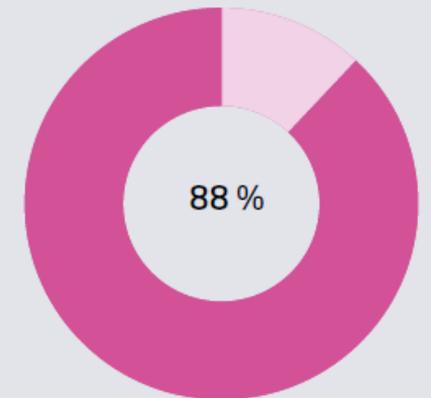
Teilhabe und Wertschöpfung vor Ort: Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?



Vor-Ort-Strom mit Sinn:
Vergünstigte Stromtarife aus EE-Anlagen vor Ort sehen 79 % als akzeptanzsteigernd an.

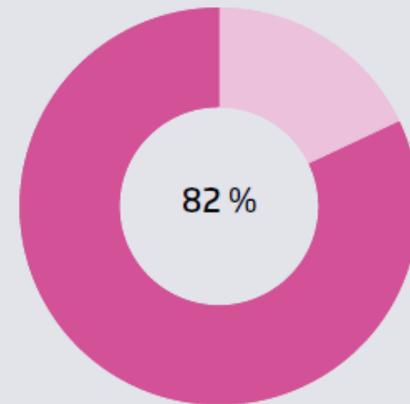
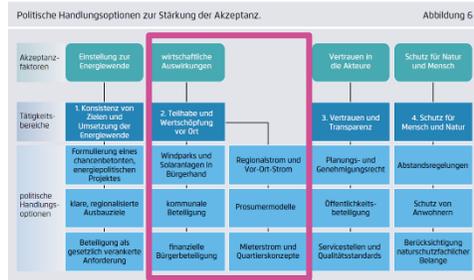


Mieterstrom gewünscht:
66 % der Mieterinnen und Mieter würden gerne Solarstrom vom eigenen Dach beziehen.

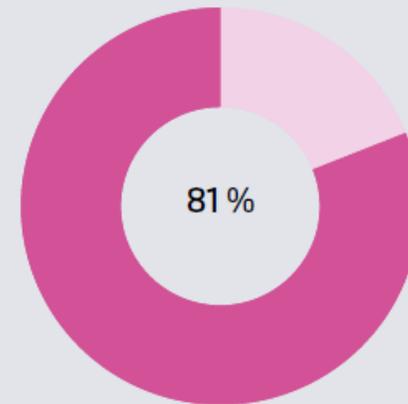


Bürgerenergie – gerne wieder:
88 % der Menschen, die bereits in EE-Anlagen investiert haben, würden es wieder tun.

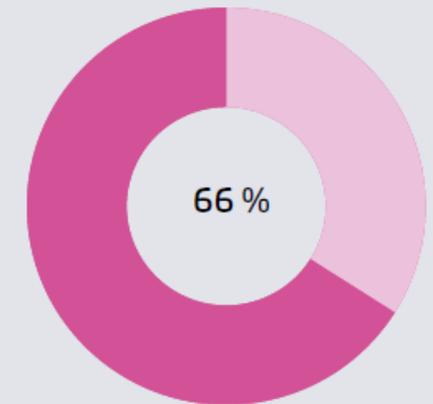
Teilhabe und Wertschöpfung vor Ort: Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?



Gemeinschaftsaufgabe:
82 % der Deutschen wollen einen Beitrag zur Gemeinschaftsaufgabe Energiewende leisten.



Kommunale Wertschöpfung:
Einnahmen der Gemeinde, die der Verbesserung der Lebensqualität dienen, begrüßen 81%.



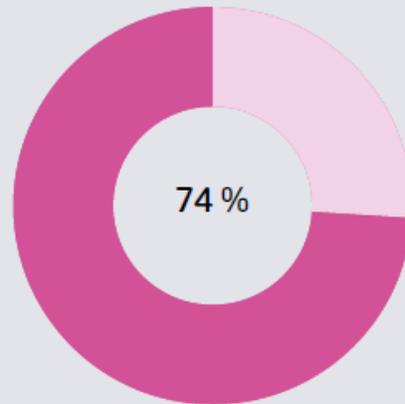
Finanzielle Beteiligung:
Gewinnbeteiligungen durch Investitionsmöglichkeiten sehen 66 % als akzeptanzsteigernd an.

Vertrauen und Transparenz: Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?

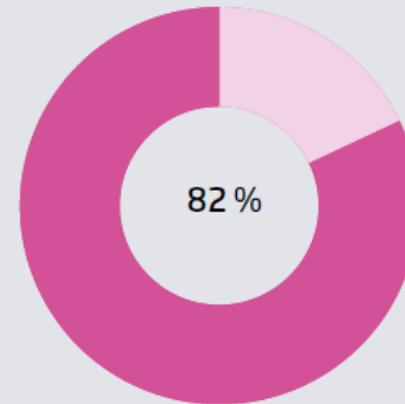


Bürgern sind Vertrauen und Transparenz wichtig.

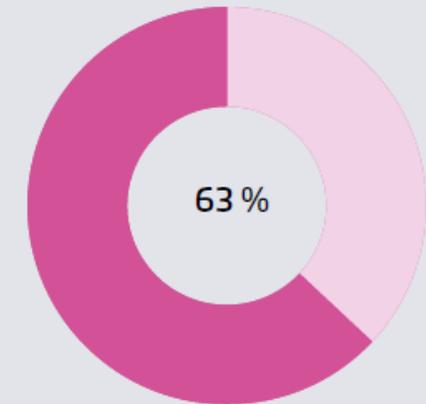
Abbildung 11



Partizipation erwünscht:
Die Mehrheit befürwortet eine stärkere Beteiligung an Planungs- und Genehmigungsprozessen.



Anwohner früh einbinden:
82 % der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung.



Lokale Fürsprecher helfen:
Anwohnerinnen und Anwohner finden es wichtig, dass kommunale Akteure EE-Projekte vor Ort unterstützen.

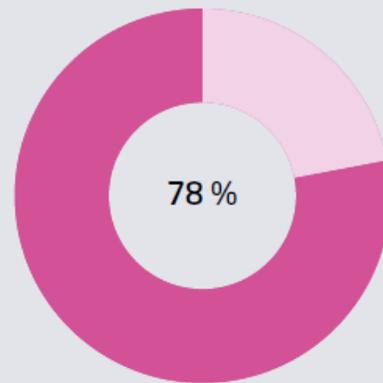
FA Windenergie (2017), BMU (2019)

Schutz von Mensch und Natur: Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?

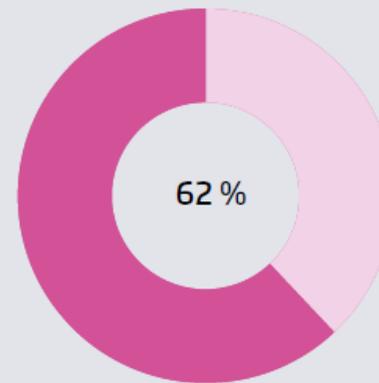


Anwohnerinnen und Anwohner sind offen für Erneuerbare Energien vor Ort und für lokale Schutzmaßnahmen.

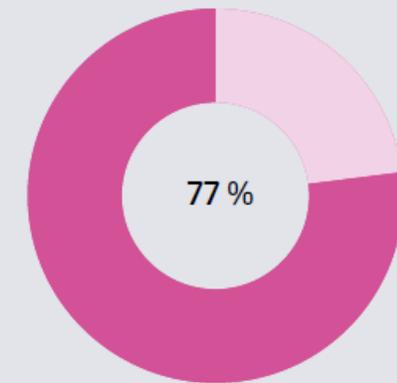
Abbildung 12



Anwohnerschutz funktioniert:
78 % der Menschen empfinden Windenergieanlagen im Wohnumfeld nicht als störend.



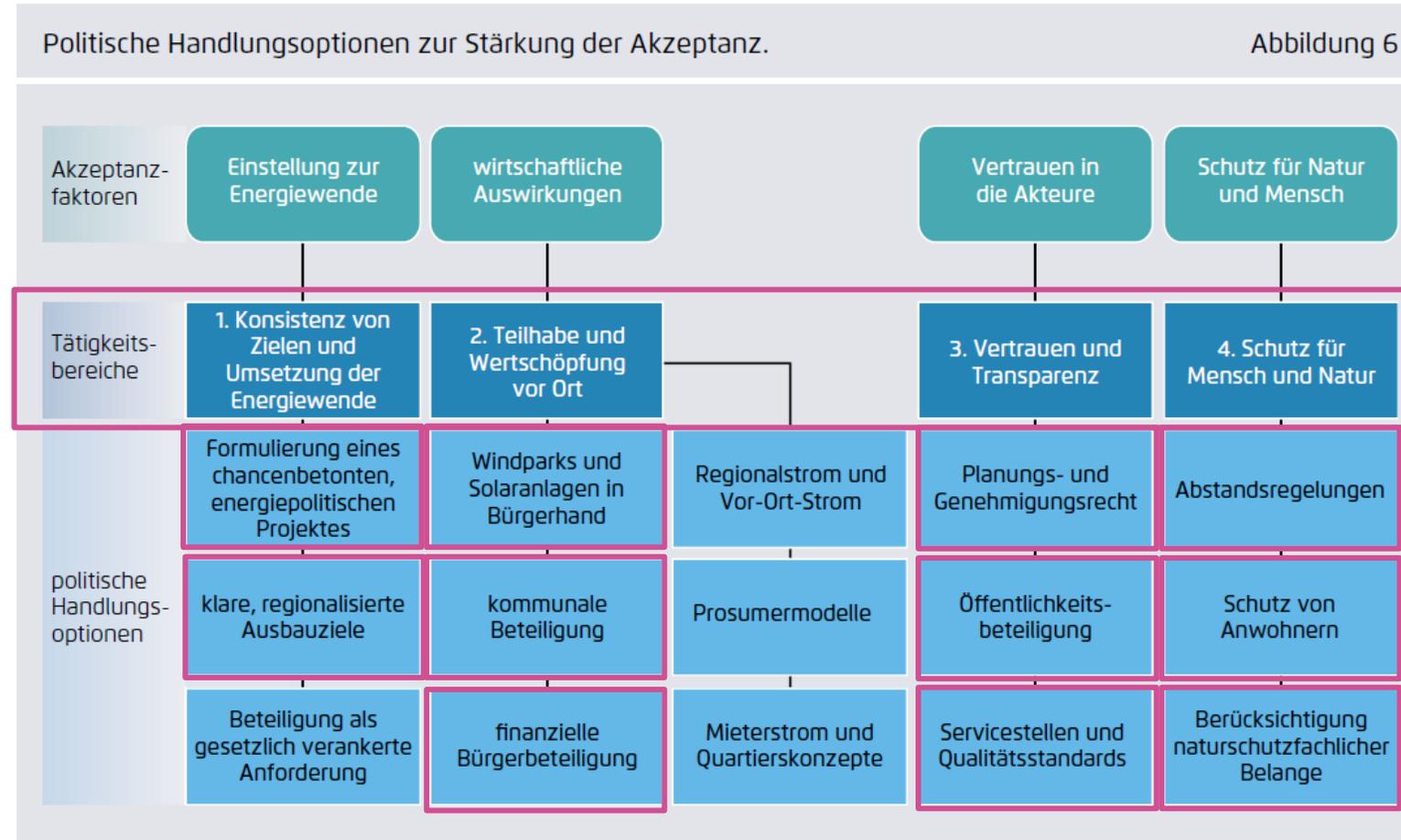
Abstände vor Ort regeln:
Standortspezifische Mindestabstände werden ggü. pauschalen favorisiert (62 vs. 45 %).



Erneuerbare als Chance:
23 % erwarten positive und 54 % neutrale Auswirkungen der EE auf das Wohnumfeld.

FA Windenergie (2019), (IASS 2020)

Politische Handlungsoptionen der Akzeptanzpolitik



Handlungsoptionen für Kommunen

Zwischenfazit: Plädoyer für eine ganzheitliche Akzeptanzpolitik, die sich aus einer breiten Palette an Maßnahmen zusammensetzt.

1. Windenergie- und Solaranlagen genießen nach wie vor ein **hohes Ansehen** in der deutschen Bevölkerung. Diese Zustimmung zur Energiewende muss von der Politik kontinuierlich gepflegt werden.
2. Die Handlungsoptionen sind vielfältig. Es braucht breit gefächerte **Maßnahmen zur Akzeptanzsicherung**.
3. Energiewendeakteure, die sich für hohe Qualitätsstandards und Akzeptanzmaßnahmen einsetzen, dürfen dabei **nicht im Wettbewerb benachteiligt werden**.
4. Es wird unerlässlich, die **Energiepolitik stärker als bisher an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten**. Regulatorische Anforderungen müssen so gesetzt werden, dass sie Orientierung und Einsicht, Selbstwirksamkeit, Identifikation und ein unter dem Strich positives Nutzenerlebnis adressieren.
5. Bestenfalls besteht Akzeptanz darin, **vor Ort eine neue Nachfrage** nach (weiteren) EE-Anlagen auszulösen.



Fragestellung und Grundlagen der Akzeptanzforschung

→ Fragen &
Antworten



**Welche Weichenstellungen
sind möglich und notwendig,
um Akzeptanz für die
Energiewende zu fördern?**

Gliederung

- | | |
|----|--|
| 1. | Handlungsfeld 1: Neustart der energiepolitischen Erzählung einleiten |
| 2. | Handlungsfeld 2: Lokale Wertschöpfung als neue Normalität etablieren |
| 3. | Handlungsfeld 3: Bürgerinnen und Bürger als Teilhaber der Energiewende aktivieren |
| 4. | Handlungsfeld 4: Mehr investieren in Transparenz und Vertrauen |
| 5. | Handlungsfeld 5: Faire Flächenplanung sicherstellen |

Handlungsfeld 1: Neustart der energiepolitischen Erzählung einleiten

- **Mehr Konsistenz in der politischen Kommunikation der Energiewende ist unabdingbar.** Vor allem müssen die beschlossenen Ziele und das konkrete Umsetzungsverfahren übereinstimmen.
- **Strom stammt in absehbarer Zukunft nur noch direkt oder indirekt aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Er kommt nicht länger nur aus der Steckdose.** Er sichert unsere Mobilität, sorgt für kaltes Bier, aber eben auch für warme Füße. Und er hält die Industrie am laufen, wo es nicht anders geht über den Umweg Wasserstoff.
- **Der Generationenkonflikt um die richtigen Energieträger ist entschieden.** Bundespolitik hat jetzt die Aufgabe, die Transformation als gesamtgesellschaftliches Konzept glaubwürdig, transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren. Und so überall Chancen zur Identifikation zu schaffen.
- **Das neue Narrativ lautet: Wir gestalten das Erneuerbare Energiesystem.** Es steckt voller Chancen für eine klimafreundliche, resiliente und bezahlbare Energieversorgung, fördert Innovationen sowie Wertschöpfung im eigenen Land, stärkt die Exportwirtschaft im Bereich der Zukunftstechnologien und schafft in der Konsequenz zukunftsfeste Arbeitsplätze.

Handlungsfeld 2: Lokale Wertschöpfung als neue Normalität etablieren

- **Der Saldo an den Standorten von Erneuerbaren-Infrastrukturen muss für die Menschen immer spürbar positiv sein.** Deshalb sind Teilhabe und lokale Wertschöpfung entscheidend. Beide sollten als energiepolitisches Ziel in § 1 EnWG gesetzlich verankert werden.
- **Die geplante, bundesweite Regelung zur finanziellen Teilhabe der Standortkommunen an den Erträgen von Windenergieanlagen wurde im Kabinett abgeschwächt und ist nun unzureichend, vielleicht sogar kontraproduktiv.** Benötigt wird eine Regelung, bei der es gerecht zugeht (Einbeziehung von Nachbargemeinden, PV-Freiflächen- und nicht EEG-geförderte Anlagen).
- **Eine finanzielle Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern an neuen Erneuerbare-Energien-Anlagen sollte obligatorisch angeboten werden müssen.** Dies insbesondere dann, wenn überregional agierende Unternehmen als Betreiber der Anlagen auftreten.
- **Dringend notwendig ist eine Reform der Netzentgeltsystematik mit dem Ziel, die regionalen Netzentgelte vom regionalen Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen zu entkoppeln.** Derzeit erhöht die regionale Wälzung der Anschlusskosten von Windparks die Netzentgelte vor Ort.

Exkurs: Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen

Politische Ziele:

- **Koalitionsvertrag** der Bundesregierung für die 19. Legislaturperiode: *„Wir werden durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt.“*
- **Beschluss des Vermittlungsausschusses** vom 18. Dezember 2019: *„Er bittet die Bundesregierung, im Einvernehmen mit den Ländern schnellstmöglich Maßnahmen für eine größere Akzeptanz von Windenergie zu erarbeiten. Ziel müsse dabei die Beteiligung der Bürger und Kommunen an den Erträgen einer Windkraftanlage auf ihrer Gemarkung sein.“*

Bund und Länder haben sich vorgenommen, die lokale Teilhabe zu stärken.

Kabinettsentwurf des EEG 2021

§ 36k Finanzielle Beteiligung der Kommunen und Bürger

- (1) *Betreiber von Windenergieanlagen an Land, die einen Zuschlag für ihre Anlage erhalten, dürfen den Gemeinden, die von der Errichtung der Windenergieanlage betroffen sind, Beträge durch einseitige Zuwendung ohne Gegenleistung von insgesamt bis zu 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächliche eingespeiste Strommenge und für die fiktive Strommenge nach Anlage 2 Nummer 7.2 anbieten. Entsprechende Vereinbarungen bedürfen der Schriftform.*
- (2) *Sofern Betreiber Zahlungen nach Absatz 1 leisten, können sie die Erstattung des im Vorjahr geleisteten Betrages, einschließlich einer Aufwandspauschale von 5 Prozent des geleisteten Betrages im Rahmen der Endabrechnung vom Netzbetreiber verlangen.*

Was fehlt...

- Pflicht statt Freiwilligkeit
- Finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
- Ausweitung der Regelungen auf PV-Anlagen und auf nicht-EEG-geförderte Projekte
- Transparente Mittelverwendung durch die Kommune

Handlungsfeld 3: Bürgerinnen und Bürger als Teilhaber der Energiewende aktivieren

- **Die Bedingungen für Windenergie- und Solarprojekte in Bürgerhand sollten schnellstmöglich durch geeignete Regelungen verbessert werden.** Damit würde auch die im Zusammenhang mit der Einführung von Ausschreibungen eingetretene Fehlsteuerung korrigiert, die zuletzt zu rückläufigen Anteilen von Bürgerenergieprojekten geführt hat. (+ Lösung für Ü20-Anlagen).
- **Der erwünschte Anteil am Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen von Bürgerenergie- und kommunalen Projekten sollte in einem Zielkorridor gesetzlich festgelegt werden.** Der Anteil könnte sich beispielsweise an den bisherigen Marktanteilen solcher Anlagen orientieren.
- **Das Mieterstromgesetz sollte mit dem Ziel einer stärkeren Inanspruchnahme der Förderung von Mieterstromanlagen novelliert werden.** Mittelfristig kann Mieterstrom zu einem Teil einer erweiterten Vor-Ort-Versorgung werden.
- **Die Chancen, die das Clean Energy Package der EU zur Aktivierung von Bürgerenergie und Prosumern eröffnet, sollten genutzt werden.** Dies sollte auch im Zusammenhang mit der vieldiskutierten Strukturreform der Abgaben, Umlagen und Steuern in Angriff genommen werden.

Handlungsfeld 4: Mehr investieren in Transparenz und Vertrauen

- **Akzeptanz entsteht auch durch Nachvollziehbarkeit bei der Umsetzung der Energiewende.** Deshalb müssen Entscheidungen von Politik, Behörden und Gerichten transparenter werden. Der Bund kann hierbei vor allem durch eine angemessene Ausstattung der zuständigen Stellen in Ländern und Kommunen helfen, aber auch durch die Stärkung bundesweit agierender Informationsstellen angelehnt an den bisher nicht umgesetzten Vorschlag eines „Clearing House Erneuerbare Energien“.
- **Das Fortschreiten der Energiewende erfordert flächendeckend eine der Größe der Transformation entsprechende Personalausstattung** in den mit der Planung von Erneuerbaren-Energie-Anlagen befassten Behörden. Ziel ist u.a. die bessere Nutzung vorhandenen Wissens, die Vermeidung von Planungsfehlern, die Einrichtung bzw. Stärkung zentraler Beratungsstellen.
- **Der Bund muss die Länder bei der Einrichtung regionaler Servicestellen unterstützen.** Diese bilden neutrale Anlaufstellen für Kommunen, Genehmigungsbehörden und Gerichte. Sie sammeln relevante Informationen, stellen ihre laufende Aktualisierung sicher und bauen auf gute Erfahrungen mit solchen Einrichtungen in einigen Ländern auf.

Handlungsfeld 5: Faire Flächenplanung sicherstellen

- **Akzeptanz ist immer dort gefährdet, wo Flächenknappheit und Flächenkonkurrenz zu groß werden** und Windenergie und PV die Umwidmung ohnehin umkämpfter Flächen erfordern.
- **Der Bund muss klare Ausbau- und damit auch Flächenkorridore zur Nutzung Erneuerbarer Energien formulieren.** Perspektivisch muss er diese Korridore auf Länder, Regionen und Kommunen herunterbrechen und im Austausch mit ihnen die Umsetzung sicherstellen.
- **Zur Minderung des Flächendrucks sollte der Bund Vorschläge erarbeiten, die entschieden auf eine Erweiterung der bisherigen Flächenkulisse zur Nutzung Erneuerbarer Energien zielen.** Pauschale Abstandsgrenzen von Wohnbebauung, wie zuletzt diskutiert, führen zum Gegenteil, nämlich zusätzlicher Flächenverknappung – aber kaum zu größerer Akzeptanz.
- **Die aktuelle Praxis der Flächensicherung muss über eine Reform der Rahmenbedingungen auf Bundesebene beendet werden.** Ziel ist eine transparente, am Gemeinwohl orientierte und letztlich gerechtere Flächensteuerung. Flächenkulissen sollten – auch gemeindeübergreifend – für die Nutzung ausgeschrieben und mithilfe von Flächenpoolverträgen umgesetzt werden. Damit nicht angrenzende, ebenfalls betroffene Siedlungen bei der Wertschöpfung unberücksichtigt bleiben.



Handlungsempfehlungen für die Bundespolitik

→ Fragen & Antworten



Fazit und Ausblick

Agora Energiewende
Anna-Louisa-Karsch-Str.2
10178 Berlin

T +49 (0)30 700 1435 - 000
F +49 (0)30 700 1435 - 129

www.agora-energiewende.de

✉ Abonnieren sie unseren Newsletter unter
www.agora-energiewende.de
🐦 www.twitter.com/AgoraEW



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haben Sie noch Fragen oder Kommentare?
Kontaktieren Sie mich gerne:

maramarthe.kleiner@agora-energiewende.de
fz@local-energy-markets.de

Agora Energiewende ist eine gemeinsame Initiative der
Stiftung Mercator und der European Climate Foundation.